2018/09 Hotspot

https://jungle.world/artikel/2018/09/kerndeutsche-namen

Small Talk mit Thomas Kugler über Vielfalt in der frühkindlichen Pädagogik

»Kerndeutsche Namen«

Small Talk Von **Simon Duncker**

Das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg und die Bildungsinitiative Queerformat haben eine Broschüre veröffentlicht, die Fachkräften der Kindertagesbetreuung als Handreichung dienen soll. Damit wollen die Herausgeber sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Themen frühkindlicher Inklusionspädagogik aufgreifen. Thomas Kugler von Queerformat hat mit der »Jungle World« über die Handreichung und die Kritik an ihr gesprochen.



Was ist Zweck der Broschüre?

Zweck der Broschüre ist es, Informationsmaterial für Fortbildungen bereitzuhalten, die wir im Auftrag des Landes Berlin schon seit 2010 durchführen. Unsere Fachtagsdokumentation von 2013 war bereits vergriffen und ist inzwischen veraltet, weil sich vor allem rechtlich vieles geändert hat. Die neue Handreichung knüpft nicht mehr direkt an den Fachtag, sondern vor allem an Fragen aus der Kita-Praxis an, die häufig von Fachkräften in unseren Seminaren gestellt werden. Diese Fragen werden für die Teilnehmenden und weitere Interessierte zusammengefasst und fachlich beantwortet. Gerade die Praxisorientierung kommt bei den Teilnehmenden unserer Seminare sehr gut an. Die Senatsverwaltung hat inzwischen beschlossen, die Broschüre an alle Berliner Kitas zu schicken.

Welchen Ansatz verfolgt die Broschüre?

Es geht in der Handreichung nicht um einen sexualpädagogischen Zugang, vielmehr orientiert sie sich an gesetzlichen und fachlichen Vorgaben, die, wie das Kita-Fördergesetz, sexuelle Identität und Geschlecht thematisieren. Sie konkretisiert damit den unmittelbaren

Auftrag des Berliner Bildungsprogramms, das schon seit 2014 den Gleichheitsanspruch in Bezug auf geschlechtlich-kulturelle Vielfalt als Aufgabe inklusiver Bildung bezeichnet. Es geht um den Zusammenhang mit Inklusion und Inklusionspädagogik. Wir vertreten – ganz im Sinne des Berliner Bildungsprogramms für Kitas – ein erweitertes Inklusionsverständnis, das sich nicht nur auf das Thema Behinderung und Beeinträchtigung, sondern auf alle relevanten diversity-Dimensionen bezieht. Da geht es um Menschenrechte und die Pflicht von Staaten, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen. Wir brechen das am Beispiel von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt auf die Frage herunter, wie Barrierenabbau und Beteiligung in der Kita funktionieren.

Es gab heftige Kritik an der Broschüre. Aus welcher Richtung kam sie und was wurde Ihnen vorgeworfen?
Die Kritik kam von AfD, CDU, rechtspopulistischen Gruppen wie »Demo für alle« und aus rechten Foren. Es ist der übliche Vorwurf der sogenannten Frühsexualisierung, der als Kampfbegriff von rechtspopulistischen Gruppen schon seit Jahren immer wieder gezielt dafür verwendet wird, zeitgemäße Bildungspläne wie etwa den in Baden-Württemberg zu torpedieren. Auch in Berlin wurde eine Petition initiiert, die darauf abzielt, die Opposition im Abgeordnetenhaus zu drängen, die Broschüre zurückzuziehen, obwohl sie gar keine Möglichkeiten dazu hat. Bisher haben über 40 000 Leute unterschrieben, was aber im Vergleich zu der damaligen Petition in Baden-Württemberg nicht viel ist. Diese hatte die Landesregierung tatsächlich dazu veranlasst, in ihrem Bildungsplan einen Schritt zurückzugehen. Dort ging es allerdings um Schulen.

In Berlin geht es um den sehr sensiblen Bereich der frühkindlichen Bildung. Die antifeministische Publizistin Birgit Kelle hat in einem Interview im Frühstücksfernsehen gesagt: »Jetzt geht man sogar an die Kleinsten ran. Da kann ich nur sagen, nicht mit meinen Kindern.« Wer die Handreichung liest, findet darin allerdings keine Bezugnahme auf Sexualität.

Gab es auch Proteste von islamistischen Gruppen?
Nein, überhaupt nicht. Interessanterweise gab es immer wieder solche Vorwürfe, die auf den Titel »Murat spielt Prinzessin« anspielten. Die großen Murats würden uns schon sagen, was ihre Meinung dazu ist. Aber all diese Hassmails kommen nicht von Menschen, die Murat oder Mohammed heißen, sondern von solchen, die »kerndeutsche« Vor- und Nachnamen tragen. Und der parlamentarische Antrag, die Handreichung zu stoppen, kommt nota bene von der CDU.

© Jungle World Verlags GmbH